

26. 04. 91

In – U

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 7. Juni 1988
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen
einschließlich schweren Unglücksfällen**

A. Zielsetzung

Die schon bisher zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande geübte Praxis der gegenseitigen Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen soll durch die getroffene bilaterale Vereinbarung auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden. Inhaltlich im wesentlichen gleichlautende Abkommen wurden mit Frankreich am 3. Februar 1977, Luxemburg am 2. März 1978, Belgien am 6. November 1980, der Schweiz am 28. November 1984 und Dänemark am 16. Mai 1985 unterzeichnet und sind zwischenzeitlich ratifiziert worden.

Die Hilfeleistungsabkommen mit Österreich und der Sowjetunion wurden am 23. Dezember 1988 und am 16. Oktober 1990 unterzeichnet.

B. Lösung

Das am 7. Juni 1988 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Es soll die bestehende ständige und enge Zusammenarbeit zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen insbesondere durch Festlegung von Ansprechstellen, Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Personen und Sachen, Regelung von Schadensersatz und Haftung, prinzipiellen Verzicht auf Kostenerstattung sowie durch Verstärkung des wissenschaftlich-technischen Informationsaustausches fördern.

Fristablauf: 07. 06. 91

Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Dem Abkommen liegt das Prinzip des gegenseitigen Verzichts auf Kostenerstattung bei Hilfeleistungen im humanitären Bereich zugrunde.

Nach Maßgabe der noch abzuschließenden Sondervereinbarung ist auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Kostenerstattung lediglich im Falle der Wiedereinbringung der Kosten vom Verursacher, beim Einsatz von Schiffen Dritter zum Zwecke der Öl- und Katastrophenbekämpfung und bei dem Überschreiten des Höchstbetrages von 600 000 hfl bei der Hilfeleistung durch das niederländische Ministerium für Verteidigung vorgesehen.

Grundsätzlich ist zu erwarten, daß sich die Aufwendungen beider Vertragsparteien für wechselseitig gewährte Hilfe über einen längeren Zeitraum gesehen ausgleichen.

26. 04. 91

In – U

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 7. Juni 1988
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen
einschließlich schweren Unglücksfällen**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (221) – 216 00 – Zi 27/91

Bonn, den 26. April 1991

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. Juni 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen

mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut des Abkommens in niederländischer Sprache mit deutscher Übersetzung sowie die Denkschrift hierzu sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Kohl

Fristablauf: 07. 06. 91

Entwurf

Gesetz
zu dem Abkommen vom 7. Juni 1988
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen
einschließlich schweren Unglücksfällen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 7. Juni 1988 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Aufwendungen, die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfeleistungen in den Niederlanden entstehen, trägt in den Fällen

1. des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe a des Abkommens das jeweilige Land; landesrechtliche Bestimmungen über die Kostentragung innerhalb des Landes bleiben unberührt;

2. des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe b des Abkommens der Bund.

(2) Bei Aufwendungen, die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland in den Fällen des Artikels 9 entstehen, richtet sich die Kostenträgerschaft danach, ob die jeweilige Hilfsmaßnahme in den Aufgabenbereich des Bundes oder der Länder fällt.

Die innerstaatliche Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern bleibt durch das Abkommen unberührt.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 17 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit dem Abkommen auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Artikel 2

Dem humanitären Geist des Abkommens entsprechend, gehen beide Vertragsstaaten hinsichtlich der Kostenerstattung grundsätzlich von einem wechselseitigen Kostenverzicht aus. Lediglich bei sehr kostenintensiven Hilfsmaßnahmen kann, soweit vor dem Hilfseinsatz eine Sondervereinbarung getroffen wurde, eine Kostenerstattung in Betracht kommen.

Der Bund trägt alle Kosten in den Fällen, in denen er nach dem Abkommen unmittelbar um Hilfe ersucht wird oder in denen die Grenzländer an sie gerichtete Hilfeersuchen an den Bund weiterleiten, weil das Ausmaß der Katastrophe Hilfeleistungen in einem Umfang erfordert, der den üblichen Rahmen der Nachbarschaftshilfe im Bereich der Grenzländer und -kommunen überschreitet.

Die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland für Hilfsmaßnahmen in den Niederlanden entstehenden Kosten sind von den Grenzländern zu tragen, wenn diese nach Artikel 3 des Abkommens das Hilfeersuchen entgegengenommen und Hilfe zugesagt haben.

Dieser Regelung liegt der Gedanke zugrunde, daß Grenzländer und -kommunen schon seit jeher über die Grenze hinweg Hilfe geleistet und Hilfe empfangen und die dazu erforderlichen Entscheidungen ohne Einschaltung des Bundes getroffen haben.

Diese herkömmliche Übung entspricht der Notwendigkeit, daß auch im grenznahen Bereich Nachbarschaftshilfe in Katastrophenfällen schnell und ohne lange Entscheidungswege geleistet werden muß, damit sie wirksam greifen kann.

Da die Hilfeleistungen im grenznahen Bereich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geleistet werden, sind auch in der Vergangenheit in aller Regel die entstandenen Kosten weder von deutscher noch von niederländischer Seite dem jeweiligen Hilfeersuchenden in Rechnung gestellt worden. Die Entscheidung über die Hilfeleistung und über den Kostenverzicht lag also auch bisher schon in einer Hand.

Artikel 2 Absatz 2 bedeutet, daß in den Fällen, in denen bei Hilfeleistungen der niederländischen Seite in der Bundes-

republik Deutschland Aufwendungen nach dem Abkommen entstehen, diese gemäß Artikel 104a Abs. 1 des Grundgesetzes in der Regel von den Ländern zu tragen sind.

In landesinterne Kostenregelungen wird durch das Abkommen nicht eingegriffen.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, ergeben sich nicht, da die gegenseitige Hilfeleistung mit vorhandenen

Mitteln und vorhandenem Personal erfolgen soll und eventuell darüber hinausgehende Aufwendungen äußerst gering sein dürften.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 17 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen
einschließlich schweren Unglücksfällen**

**Overeenkomst
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake wederzijdse bijstandsverlening bij het bestrijden van rampen,
zware ongevallen daaronder begrepen**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande

überzeugt von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen und anderen Unglücksfällen

in der Erwägung, daß es erwünscht ist, die zuständigen Organe beider Staaten in die Lage zu versetzen, in näher zu bestimmenden Fällen einander um gegenseitige Hilfe zu ersuchen und Hilfeersuchen durchführen zu lassen,

in der Erwägung, daß es erwünscht ist, Maßnahmen zu treffen, um die gegenseitige Hilfe durch Entsendung von Hilfsmannschaften zu erleichtern

sind wie folgt übereingekommen:

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, der anderen Vertragspartei bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen nach den Bestimmungen dieses Abkommens und entsprechend ihren Möglichkeiten Hilfe zu leisten.

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

„Ausrüstungsgegenstände“ die Fahrzeuge, das Material, die Kommunikationsmittel und die persönlichen Ausrüstungsgegenstände, die zum Gebrauch der Hilfsmannschaften bestimmt sind;

„Hilfsmittel“ die Waren, die für die betroffene Bevölkerung bestimmt sind;

„Betriebsgüter“ die Waren, die für die Unterhaltung und die Verwendung der Ausrüstung und für die Versorgung der Hilfsmannschaften bestimmt sind.

Zuständige Organe

Artikel 3

(1) Die für die Anforderung und Auslösung von Hilfsmaßnahmen zuständigen Organe im Sinne dieses Abkommens sind:

a) Im Falle von Hilfeleistungen für und durch aneinandergrenzende Bundesländer und Provinzen

auf deutscher Seite: der Innenminister des betreffenden Bundeslandes

De Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden;

overtuigd van de noodzaak van samenwerking tussen beide Staten bij het bestrijden van rampen, zware ongevallen daaronder begrepen, en andere ongevallen;

overwegende, dat het gewenst is dat bevoegde organen van beide Staten in nader te bepalen gevallen elkaar kunnen verzoeken om wederzijdse bijstand en verzoeken om bijstand kunnen doen uitvoeren;

overwegende, dat het gewenst is dat maatregelen worden getroffen ten einde de wederzijdse bijstand door rampenbestrijdingseenheden te vergemakkelijken;

zijn als volgt overeengekomen:

Algemene Bepalingen

Artikel 1

Elke Overeenkomstsluitende Partij verbindt zich ertoe de andere Overeenkomstsluitende Partij volgens de bepalingen van deze Overeenkomst en in overeenstemming met haar mogelijkheden bijstand te verlenen bij het bestrijden van rampen, zware ongevallen daaronder begrepen.

Artikel 2

In deze Overeenkomst wordt verstaan onder:

uitrusting: de vervoermiddelen, het materieel, de verbindingsmiddelen en de persoonlijke uitrustingsstukken, die bestemd zijn voor gebruik door bijstandseenheden;

hulpmiddelen: goederen die bestemd zijn voor de getroffen bevolking;

gebruiksgoederen: goederen die bestemd zijn voor het onderhoud en het gebruik van de uitrusting en voor de verzorging van bijstandseenheden.

Bevoegde Organen

Artikel 3

1. Voor het indienen van een verzoek om bijstand alsmede voor het doen uitvoeren daarvan zijn bevoegde organen in de zin van deze Overeenkomst:

a. indien het betreft het verlenen van bijstand door en aan deelstaten en provincies die aan elkaar grenzen

voor de Bondsrepubliek Duitsland: de Minister van Binnenlandse Zaken van de betrokken deelstaat

auf niederländischer Seite: der Kommissar der Königin der betreffenden Provinz.

- b) Im Falle von Hilfeleistungen für und durch nicht aneinander-grenzende Bundesländer und Provinzen

auf deutscher Seite: der Bundesminister des Innern

auf niederländischer Seite: der Minister des Innern.

(2) Die zuständigen Organe jeder Vertragspartei können ein Hilfeersuchen stellen, wenn nach ihrer Auffassung Ort, Umfang und Art der Katastrophe beziehungsweise des schweren Unglücksfalls in Anbetracht des verfügbaren Personals und Materials Hilfe erforderlich machen.

(3) Das zuständige Organ der ersuchenden Vertragspartei erläutert möglichst ausführlich sein Hilfeersuchen und die Aufgaben, die der Hilfsmannschaft übertragen werden sollen.

(4) Umfang und Art der zu leistenden Hilfe werden jeweils von dem zuständigen Organ der hilfeleistenden Vertragspartei im Einvernehmen mit dem zuständigen Organ der ersuchenden Vertragspartei festgelegt.

(5) Den zuständigen Organen obliegt die Durchführung der angeforderten Hilfsmaßnahmen.

(6) Die zuständigen Organe melden jedes Hilfeersuchen im Sinne von Absatz 1 Buchstabe a unverzüglich dem Bundesminister des Innern der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise dem Minister des Innern des Königreichs der Niederlande.

Die Durchführung der Hilfsmaßnahmen

Artikel 4

(1) Die Hilfe wird durch die Entsendung von für den Katastrophenschutz oder die Hilfeleistung bei schweren Unglücksfällen ausgebildeten und ausgerüsteten Hilfsmannschaften an den Ort der Katastrophe beziehungsweise des schweren Unglücksfalles oder an einen anderen von den zuständigen Organen bestimmten Ort oder durch Entsendung von Luftfahrzeugen und erforderlichenfalls in anderer geeigneter Weise geleistet.

(2) Die Hilfsmannschaften können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg entsandt werden.

Artikel 5

(1) Der Leiter einer Hilfsmannschaft untersteht der Behörde, die am Ort der Katastrophe beziehungsweise des schweren Unglücksfalles für die Hilfsmaßnahmen verantwortlich ist.

(2) Anweisungen an eine Hilfsmannschaft werden ausschließlich an ihren Leiter gerichtet, der für die Einzelheiten der Durchführung verantwortlich ist.

(3) Die zuständigen Behörden gemäß Artikel 3 des Abkommens und die am Ort der Katastrophe beziehungsweise des schweren Unglücksfalles verantwortliche Behörde gewähren der Hilfsmannschaft jeden erforderlichen Schutz und jede erforderliche Hilfe.

Grenzformalitäten

Artikel 6

(1) Im Interesse einer möglichst zweckmäßigen Hilfeleistung beschränken die Parteien die Förmlichkeiten beim Überschreiten der gemeinsamen Grenze auf das unerläßliche Mindestmaß.

(2) Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat eine Bescheinigung mitzuführen, die die Art der Hilfeleistung, die Art der Hilfsmannschaft und die Zahl ihrer Angehörigen ausweist. Diese Bescheini-

gung für Nederland: de Commissaris der Koningin in de betrokken provincie;

- b. indien het betreft het verlenen van bijstand door en aan deelstaten en provincies die niet aan elkaar grenzen

voor de Bondsrepubliek Duitsland: de Minister van Binnenlandse Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland

voor Nederland: de Minister van Binnenlandse Zaken.

2. De bevoegde organen van elk der Overeenkomstsluitende Partijen kunnen een verzoek om bijstand indienen, indien naar hun oordeel de plaats, de omvang en de aard van de ramp respectievelijk het zware ongeval, gelet op het beschikbare personeel en materieel, bijstand noodzakelijk maken.

3. Het bevoegde orgaan van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij geeft zoveel mogelijk een toelichting over de bijstand die het verwacht en over de taken die aan de bijstandseenheid zullen worden opgedragen.

4. De omvang en de aard van de te verlenen bijstand worden telkenmale door het bevoegde orgaan van de Overeenkomstsluitende Partij die de bijstand verleent, vastgesteld na overleg met het bevoegde orgaan van de verzoekende Overeenkomstsluitende Partij.

5. De bevoegde organen zijn belast met de uitvoering van de verzoeken om bijstand.

6. Van elk verzoek om bijstand, als bedoeld in het eerste lid, onder a, wordt door de bevoegde organen terstond mededeling gedaan aan de Minister van Binnenlandse Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland onderscheidenlijk aan de Minister van Binnenlandse Zaken van Nederland.

De uitvoering van de Bijstandsverlening

Artikel 4

1. De bijstand wordt verleend door het zenden naar de plaats van de ramp respectievelijk van het zware ongeval dan wel naar elke andere daartoe door de bevoegde organen aangewezen plaats, van bijstandseenheden die zijn opgeleid en uitgerust voor het bestrijden van rampen of het verlenen van hulp bij zware ongevallen, of door het zenden van luchtvaartuigen en, indien vereist, op elke andere passende wijze.

2. De bijstandseenheden kunnen over land, door de lucht of over water worden gezonden.

Artikel 5

1. De commandant van een bijstandseenheid staat onder het gezag van de autoriteit die op de plaats van de ramp respectievelijk van het zware ongeval voor de bestrijding verantwoordelijk is.

2. Instructies voor een bijstandseenheid worden uitsluitend gegeven aan de commandant van die eenheid. Deze is verantwoordelijk voor de wijze, waarop de eenheid de instructies uitvoert.

3. De bevoegde organen, bedoeld in artikel 3, alsmede de autoriteit die op de plaats van de ramp respectievelijk van het zware ongeval voor de bestrijding verantwoordelijk is, verlenen de eenheid alle noodzakelijke bescherming en hulp.

Grensformaliteiten

Artikel 6

1. De Overeenkomstsluitende Partijen beperken zo veel mogelijk met het oog op een zo doeltreffend mogelijke bijstand de in acht te nemen formaliteiten bij het overschrijden van de gemeenschappelijke grens.

2. De commandant van een bijstandseenheid dient in het bezit te zijn van een verklaring, waaruit de te verlenen bijstand, de aard van de eenheid en het aantal tot de eenheid behorende personen

gung wird von einem zuständigen Organ gemäß Artikel 3 dieses Abkommens oder in seinem Auftrag ausgestellt.

(3) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind vom Paßzwang befreit.

(4) Kann im Falle besonderer Eilbedürftigkeit die Bescheinigung gemäß Absatz 2 nicht vorgelegt werden, so genügt jeder andere geeignete Nachweis für die Notwendigkeit, die Grenze zwecks Hilfeleistung zu überschreiten.

(5) Im Falle besonderer Eilbedürftigkeit kann die Grenze auch außerhalb der zugelassenen Übergangsstellen überschritten werden. Die für die Grenzüberwachung und Zollabfertigung zuständigen Behörden sind hierüber im voraus zu unterrichten.

Artikel 7

(1) Die von einer Hilfsmannschaft mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter gelten im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei als zur vorübergehenden Verwendung abgefertigt.

(2) Für Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter werden keine Ein- oder Ausfuhrpapiere ausgestellt. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat einen Sammelnachweis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter mitzuführen und auf Aufforderung vorzuzeigen.

(3) Die Hilfsmannschaften dürfen außer den erforderlichen Ausrüstungsgegenständen, Hilfsmittel und Betriebsgüter keine Waren mitführen.

(4) Die mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter sind, soweit sie verbraucht werden, von allen Eingangsabgaben befreit. Hilfsmittel und Betriebsgüter, die nicht verbraucht werden, sind wieder auszuführen.

(5) Können Güter infolge besonderer Umstände nicht oder nicht gleichzeitig mit dem Abzug einer Hilfsmannschaft rückgeführt werden, so sind Art und Menge sowie ihr Aufenthaltsort vom Leiter der Hilfsmannschaft der zuständigen Zollstelle anzuzeigen; in diesem Fall gilt das nationale Recht der ersuchenden Vertragspartei.

(6) Auf Waren, die nach den Absätzen 1 und 4 von Eingangsabgaben befreit sind, finden die Bestimmungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Das Verbringen von Suchtstoffen in das Gebiet der ersuchenden Vertragspartei im Rahmen der Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen und die Rückführung der nicht verbrauchten Mengen gelten nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Suchtstoffabkommen. Suchtstoffe dürfen nur bei dringendem Bedarf mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen der ersuchten Vertragspartei eingesetzt werden. Das Recht der ersuchenden Vertragspartei, an Ort und Stelle Kontrollen durchzuführen, bleibt unberührt.

Der Einsatz von Luftfahrzeugen

Artikel 8

(1) Luftfahrzeuge können sowohl für die Heranführung der Hilfsmannschaft als auch unmittelbar für die Hilfeinsätze benutzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet Luftfahrzeugen, die gemäß den Bestimmungen in Absatz 1 eingesetzt werden, ihr Hoheitsgebiet zu überfliegen und dort auch außerhalb von Flugplätzen zu landen und zu starten; hierbei sind die Bestimmungen der Einzelvereinbarung gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b dieses Abkommens zu beachten.

blijken. Deze verklaring wordt afgegeven door of namens een bevoegd orgaan, bedoeld in artikel 3 van deze Overeenkomst.

3. De tot een bijstandseenheid behorende personen zijn vrijgesteld van de verplichting een geldig document om de grens te overschrijden mee te voeren.

4. Kan in geval van bijzondere spoed de verklaring, bedoeld in het tweede lid, niet worden overgelegd, dan is elk ander passend bewijs dat de grens ten behoeve van bijstandsverlening overschreden moet worden, voldoende.

5. In geval van bijzondere spoed kan de grens ook buiten de officiële doorlaatposten worden overschreden. De met de grensbewaking en de douane en accijnzen belaste autoriteiten dienen daarvan vooraf in kennis te worden gesteld.

Artikel 7

1. De uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen, die worden meegevoerd door een bijstandseenheid, worden op het grondgebied van de Overeenkomstsluitende Partij waaraan bijstand wordt verleend, beschouwd als ingevoerd voor tijdelijk gebruik.

2. Geen in- of uitvoerdocumenten worden afgegeven voor uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen. De commandant van een bijstandseenheid dient in het bezit te zijn van een, op verzoek door hem te tonen, verzamelstaat van de meegevoerde uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen.

3. Geen andere goederen dan de noodzakelijke uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen mogen worden meegevoerd.

4. De meegevoerde uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen zijn, voor zover ze verbruikt worden, vrij van alle bij invoer verschuldigde belastingen. Hulpmiddelen en gebruiksgoederen dienen, voor zover ze niet verbruikt worden, te worden teruggevoerd.

5. Kunnen goederen door bijzondere omstandigheden niet of pas later, niet tegelijk met de terugkeer van een bijstandseenheid, worden teruggevoerd, dan dienen de aard en omvang alsmede de verblijfplaats daarvan door de commandant van een bijstandseenheid te worden gemeld aan het bevoegde douanekantoor; in dat geval is het nationale recht van de Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, van toepassing.

6. Op goederen, die ingevolge het bepaalde in het eerste en vierde lid vrij van bij invoer verschuldigde belastingen zijn, zijn de bepalingen voor het grensoverschrijdende goederenverkeer niet van toepassing. Het in het kader van de rampbestrijding, daaronder begrepen de hulpverlening bij zware ongevallen, overbrengen van verdovende middelen naar het grondgebied van de Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, en het terugvoeren van de niet verbruikte hoeveelheden gelden niet als in- en uitvoer in de zin van de internationale verdragen inzake verdovende middelen. Verdovende middelen mogen slechts bij dringende behoefte worden meegevoerd en alleen door bevoegd medisch personeel volgens de wettelijke bepalingen van de bijstand ontvangende Overeenkomstsluitende Partij worden aangewend. Het recht van de Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, ter plaatse controles te verrichten, blijft onverlet.

Het Gebruik van Luchtvaartuigen

Artikel 8

1. Luchtvaartuigen kunnen worden gebruikt zowel voor het vervoer van bijstandseenheden als voor het rechtstreeks verlenen van bijstand.

2. Elke Overeenkomstsluitende Partij staat luchtvaartuigen die overeenkomstig het bepaalde in het eerste lid worden gebruikt, toe over zijn grondgebied te vliegen alsmede op zijn grondgebied ook op andere plaatsen dan op vliegvelden te landen en op te stijgen met inachtneming van de bepalingen van de aanvullende overeenkomst, bedoeld in artikel 11, eerste lid, onder b, van deze Overeenkomst.

(3) Die Absicht, Luftfahrzeuge einzusetzen, ist den nachgenannten Behörden mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeugs, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort unverzüglich mitzuteilen:

für die Bundesrepublik Deutschland: im Falle einer Hilfeleistung auf Anforderung des Landes Niedersachsen dem Niedersächsischen Minister des Innern; im Falle einer Hilfeleistung auf Anforderung des Landes Nordrhein-Westfalen dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen; im Falle einer Hilfeleistung auf Anforderung der Bundesrepublik Deutschland dem Bundesminister des Innern;

für die Niederlande: dem „Directeur-Generaal van de Rijksluchtvaartdienst“.

(4) Die Artikel 6 und 7 dieses Abkommens werden sinngemäß auf die Luftfahrzeuge, die Besatzung und die mitfliegende Hilfsmannschaft sowie auf die mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter angewandt.

(5) Ungeachtet der Bestimmungen in Absatz 2 sind die luftrechtlichen Verkehrsvorschriften jeder Vertragspartei weiterhin gültig, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln.

Kosten und Entschädigungen

Artikel 9

(1) Die Kosten der Hilfeleistung, einschließlich der Aufwendungen, die durch vollständigen oder teilweisen Verlust sowie durch vollständige oder teilweise Zerstörung der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Betriebsgüter entstehen, werden von der ersuchenden Partei nicht erstattet, es sei denn, die Vertragsparteien haben vorher eine diesbezügliche Sonderregelung getroffen.

(2) Die Hilfsmannschaften werden während der Dauer des Einsatzes im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei auf deren Kosten untergebracht und gepflegt sowie mit für den Einsatz der Ausrüstungsgegenstände bestimmten Gütern versorgt, sofern die mitgebrachten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall medizinische Versorgung und Hilfe.

(3) Jede Vertragspartei kann verlangen, daß die durch den Einsatz von Luftfahrzeugen entstandenen Kosten bis zur Hälfte von der ersuchenden Vertragspartei übernommen werden. Die Höhe der Kosten richtet sich in diesem Fall nach den in jedem der beiden Staaten gültigen Tarife, wie sie in einer Einzelvereinbarung gemäß Artikel 11 dieses Abkommens angegeben sind.

Artikel 10

(1) Jede Vertragspartei verzichtet für sich und ihre Verwaltungsorgane auf alle gesetzlichen Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei wegen Beschädigung von Vermögenswerten, die ihr oder einem anderen Verwaltungsorgan gehören, wenn der Schaden von einem Mitglied einer Hilfsmannschaft der anderen Vertragspartei bei der Erfüllung seines Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens verursacht worden ist, soweit es sich dabei nicht nachweislich um Vorsatz handelt.

(2) Jede Vertragspartei verzichtet für sich und ihre Verwaltungsorgane auf alle gesetzlichen Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei, die auf dem Schaden beruhen, der einem Mitglied einer Hilfsmannschaft entsteht, das bei der Erfüllung seines Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens eine Verletzung oder den Tod erlitten hat.

(3) Die ersuchende Vertragspartei oder eines ihrer Verwaltungsorgane haftet gemäß den eigenen gesetzlichen Bestimmungen für den Schaden, den ein Mitglied einer Hilfsmannschaft bei der Erfüllung seines Auftrags auf dem Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei einem Dritten zugefügt hat.

3. Het voornemen luchtvaartuigen te gebruiken wordt onder overlegging van zo nauwkeurig mogelijke gegevens over de aard en het inschrijvingsmerk van het luchtvaartuig, de bemanning, de lading, de vertrektijd, de vermoedelijke route en de plaats van landing onverwijld medegedeeld aan:

voor de Bondsrepubliek Duitsland: in geval van bijstandsverlening op verzoek van de deelstaat Neder-Saksen de Minister van Binnenlandse Zaken van deze deelstaat; in geval van bijstandsverlening op verzoek van de deelstaat Noordrijn-Westfalen de Minister van Binnenlandse Zaken van deze deelstaat; in geval van bijstandsverlening op verzoek van de Bondsrepubliek Duitsland de Minister van Binnenlandse Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland;

voor Nederland: de Directeur-Generaal van de Rijksluchtvaartdienst.

4. De artikelen 6 en 7 van deze Overeenkomst zijn van overeenkomstige toepassing op de luchtvaartuigen, de bemanning en de meevliegende bijstandseenheid alsmede op de meegevoerde uitrusting, hulpmiddelen en gebruiksgoederen.

5. Onverminderd het bepaalde in het tweede lid, blijven de luchtverkeersregels van elke Overeenkomstsluitende Partij van kracht, in het bijzonder de verplichting om de bevoegde vluchtcontrolediensten gegevens over de vluchten mede te delen.

Kosten en Schadevergoeding

Artikel 9

1. De kosten voor het verlenen van bijstand, met inbegrip van kosten, ontstaan door geheel of gedeeltelijk verlies dan wel gehele of gedeeltelijke vernietiging van de meegevoerde uitrusting en gebruiksgoederen, behoeven door de Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, niet te worden vergoed, tenzij voor de vergoeding van deze kosten door de Overeenkomstsluitende Partijen vooraf een afzonderlijke regeling is getroffen.

2. Bijstandseenheden worden voor de tijd dat zij op het grondgebied van een Overeenkomstsluitende Partij verblijven, op kosten van die Partij gehuisvest en verzorgd alsmede van goederen, bestemd voor het gebruik van de uitrusting, voorzien, voor zover meegevoerde goederen zijn verbruikt. Zij ontvangen de noodzakelijke medische verzorging en hulp.

3. Elke Overeenkomstsluitende Partij kan bepalen, dat de door het gebruik van luchtvaartuigen ontstane kosten voor ten hoogste de helft voor rekening van de Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, komen. De kosten worden in dat geval vastgesteld op basis van de in beide Staten geldende tarieven, zoals die zullen worden vastgesteld in een aanvullende overeenkomst, bedoeld in artikel 11, lid 1, onder d, van deze Overeenkomst.

Artikel 10

1. Elke Overeenkomstsluitende Partij ziet voor zichzelf en haar bestuursorganen af van alle wettelijke vorderingen tot schadevergoeding jegens de andere Overeenkomstsluitende Partij op grond van schade aan vermogensbestanddelen die haar of een ander bestuursorgaan toebehoren, wanneer de schade is veroorzaakt door een lid van een bijstandseenheid van de andere Overeenkomstsluitende Partij bij vervulling van diens opdracht in verband met de uitvoering van deze Overeenkomst, behoudens in geval van bewezen opzet.

2. Elke Overeenkomstsluitende Partij ziet voor zichzelf en haar bestuursorganen af van alle wettelijke vorderingen tot schadevergoeding jegens de andere Overeenkomstsluitende Partij op grond van schade, geleden door een lid van een bijstandseenheid die bij of door vervulling van zijn opdracht in verband met de uitvoering van deze Overeenkomst letsel heeft opgelopen of is overleden.

3. De Overeenkomstsluitende Partij waaraan de bijstand wordt verleend, dan wel een van haar bestuursorganen, is volgens de eigen wettelijke bepalingen aansprakelijk voor de schade, toegebracht aan een derde door een lid van een bijstandseenheid bij vervulling van zijn opdracht op het grondgebied van die Overeenkomstsluitende Partij.

(4) Im Interesse einer raschen Erledigung von Schadensersatzansprüchen arbeiten die Vertragsparteien eng zusammen. Insbesondere tauschen sie so rasch wie möglich alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

(5) Die Bestimmungen dieses Artikels finden sinngemäß Anwendung auf einen Schaden, der während oder infolge von Übungseinsätzen gemäß Artikel 11 Absatz 2 dieses Abkommens entsteht, soweit keine diesbezügliche Sonderregelung getroffen worden ist.

Einzelvereinbarungen

Artikel 11

(1) Zur Durchführung dieses Abkommens werden zumindest Einzelvereinbarungen über folgendes getroffen:

- a) die Benutzung der Fernsprech- und Funkverbindungen
- b) die Benutzung von Landeorten durch Luftfahrzeuge
- c) die Verwendung besonderer optischer und akustischer Signale durch die Hilfsmannschaften
- d) die in Artikel 9 Absatz 3 dieses Abkommens genannten Kosten.

(2) Ferner können Einzelvereinbarungen über folgendes getroffen werden:

- a) das bei Hilfersuchen anzuwendende Verfahren
- b) das bei Entsendung und Einsatz einer Hilfsmannschaft anzuwendende Verfahren
- c) Art, Stärke und Ausrüstung der Einheiten, die zu einem Hilfeinsatz entsandt werden können
- d) die gemeinsame Veranstaltung von Übungen im Hinblick auf gemeinsame Katastropheneinsätze
- e) die Zusammenarbeit gemäß Artikel 13 dieses Abkommens.

Hilfeeinsätze, die nicht aufgrund von Ersuchen gemäß diesem Abkommen erfolgen

Artikel 12

(1) Die Artikel 4 bis 10 dieses Abkommens finden sinngemäß Anwendung auf Hilfeeinsätze gemäß Vereinbarungen, die von den für die Hilfeleistung bei Katastrophen und Unglücksfällen verantwortlichen Behörden der Grenzgemeinden beider Vertragsparteien getroffen werden, sofern sie sich auf gegenseitige Hilfeleistungen von Personal und Material beziehen, die ihnen für die Durchführung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen.

(2) Von Vereinbarungen im Sinne von Absatz 1 sind zumindest die zuständigen Organe gemäß von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a dieses Abkommens zu unterrichten; die einschlägigen Bestimmungen des nationalen Rechts jeder Vertragspartei bleiben davon unberührt.

(3) Die Anwendung der Artikel 9 und 10 auf Hilfeleistungen im Sinne von Absatz 1 erfolgt unbeschadet der Bestimmungen in den zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Übereinkommen auf dem Gebiet der Sozialversicherung.

(4) Die Anwendung von Artikel 9 auf Hilfeleistungen gemäß Absatz 1 erfolgt unbeschadet der über die Kostenerstattung getroffenen Vereinbarungen.

Zusammenarbeit

Artikel 13

(1) Um Katastrophen besser vorbeugen und sie wirksamer bekämpfen zu können, vereinbaren die Vertragsparteien eine ständige und enge Zusammenarbeit. Zu diesem Zweck tauschen sie alle geeigneten Informationen wissenschaftlich-technischer Art aus und veranstalten regelmäßig gemeinsame Tagungen.

4. In het belang van een snelle afdoening van vorderingen tot schadevergoeding werken de Overeenkomstsluitende Partijen nauw samen. In het bijzonder worden alle beschikbare gegevens over schadegevallen in de zin van dit artikel zo spoedig mogelijk uitgewisseld.

5. Het bepaalde in dit artikel is van overeenkomstige toepassing op schade, ontstaan tijdens of ten gevolge van oefeningen bedoeld in artikel 11, tweede lid, onder d, van deze Overeenkomst, tenzij daarvoor een afzonderlijke regeling is getroffen.

Aanvullende Overeenkomsten

Artikel 11

1. Ter uitvoering van deze Overeenkomst worden in ieder geval aanvullende overeenkomsten gesloten over:

- a. het gebruik van verbindingen;
- b. het gebruik van landingsplaatsen door luchtvaartuigen;
- c. het gebruik van bijzondere optische en geluidssignalen door bijstandseenheden;
- d. de kosten, genoemd in artikel 9, derde lid, van deze Overeenkomst.

2. Voorts kunnen aanvullende overeenkomsten worden gesloten over:

- a. de procedure die moet worden gevolgd bij het verzoeken om bijstand;
- b. de procedure die moet worden gevolgd, indien een bijstandseenheid ter plaatse komt;
- c. de soorten eenheden die ter bijstand kunnen worden ingezet alsmede hun omvang en uitrusting;
- d. het houden van gemeenschappelijke oefeningen met het oog op het gezamenlijk bestrijden van rampen;
- e. de samenwerking, bedoeld in artikel 13 van deze Overeenkomst.

Bijstandsverlening anders dan op grond van verzoeken ingevolge deze Overeenkomst

Artikel 12

1. De artikelen 4 tot en met 10 van deze Overeenkomst zijn van overeenkomstige toepassing op het verlenen van bijstand ingevolge afspraken die zijn gemaakt door autoriteiten van aan elkaar grenzende gemeenten van elk der Overeenkomstsluitende Partijen, die verantwoordelijk zijn voor de hulpverlening bij rampen en ongevallen, indien en voor zover deze afspraken betrekking hebben op aan elkaar te verlenen bijstand van personeel en materieel die met het oog op de dagelijkse taakuitvoering ter beschikking staan van die autoriteiten.

2. Afspraken, bedoeld in het eerste lid, dienen, onverminderd hetgeen daaromtrent overigens in het nationale recht van elk der Overeenkomstsluitende Partijen is bepaald, in ieder geval te worden gemeld aan de bevoegde organen, bedoeld in artikel 3, eerste lid, onder a, van deze Overeenkomst.

3. De toepassing van de artikelen 9 en 10 op de bijstandsverlening, bedoeld in het eerste lid, is onverminderd hetgeen in de tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden afgesloten overeenkomsten op het gebied van de sociale verzekering is bepaald.

4. De toepassing van artikel 9 op de bijstandsverlening, bedoeld in het eerste lid, is onverminderd hetgeen ingevolge de gemaakte afspraken over de kostenvergoeding is bepaald.

Samenwerking

Artikel 13

1. De Overeenkomstsluitende Partijen komen een voortdurende en nauwe samenwerking overeen ten einde rampen beter te kunnen voorkomen en deze doeltreffender te kunnen bestrijden. Met dit doel wisselen zij alle ter zake dienende gegevens van wetenschappelijke en technische aard uit en komen zij regelmatig bijeen.

(2) Die Vertragsparteien können gemeinsame Untersuchungen durchführen und gemeinsame Tagungen veranstalten, insbesondere zur Erforschung von Katastrophenursachen und zur Verbesserung von Vorhersagen sowie von Vorbeugungs- und Einsatzmitteln und Einsatzmethoden.

(3) Auf Veranlassung jeder Vertragspartei können Lehrgänge für Techniker, Führungskräfte und Mannschaften der anderen Partei durchgeführt werden.

(4) Die Vertragsparteien tauschen Informationen über die Gefahren- und Schadensfälle aus, die sich auf das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auswirken können. Die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten.

(5) Die Zusammenarbeit wird von den zuständigen Organen gemäß Artikel 3 dieses Abkommens getragen.

Streitigkeiten

Artikel 14

Alle Streitigkeiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar durch die zuständigen Organe gemäß Artikel 3 dieses Abkommens beigelegt werden können, werden im Prinzip auf diplomatischem Wege beigelegt.

Schlußbestimmungen

Artikel 15

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 8 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt das Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs der Niederlande innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 16

Dieses Abkommen gilt nur für den europäischen Teil des Königreichs der Niederlande.

Artikel 17

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen beider Vertragsstaaten einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Artikel 18

Dieses Abkommen wird für die Dauer von zehn Jahren geschlossen und verlängert sich jeweils stillschweigend um weitere zehn Jahre, sofern es nicht von einer der beiden Vertragsparteien mindestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Bonn am 7. Juni 1988 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2. De Overeenkomstsluitende Partijen kunnen gemeenschappelijke onderzoeken doen en bijeenkomsten organiseren in het bijzonder om tot een betere kennis van de oorzaken van rampen te komen en om de voorspellingen alsmede de middelen en methoden ter voorkoming en bestrijding van rampen te verbeteren.

3. Op initiatief van elke Overeenkomstsluitende Partij kunnen cursussen worden gegeven voor technici, leidinggevend personeel en manschappen van de andere Overeenkomstsluitende Partij.

4. De Overeenkomstsluitende Partijen wisselen gegevens uit over de gevaren en schadegevallen die een weerslag kunnen hebben op het grondgebied van de andere Overeenkomstsluitende Partij. De uitwisseling van gegevens omvat mede het uit voorzorg verstrekken van meetgegevens.

5. De samenwerking wordt tot stand gebracht door de bevoegde organen, bedoeld in artikel 3 van deze Overeenkomst.

Geschillen

Artikel 14

Alle geschillen over de toepassing van deze Overeenkomst die niet rechtstreeks door de bevoegde organen, bedoeld in artikel 3, kunnen worden opgelost, worden in beginsel langs diplomatieke weg opgelost.

Slotbepalingen

Artikel 15

Met uitzondering van de bepalingen van artikel 8 inzake het luchtverkeer geldt de Overeenkomst ook voor het land Berlin, tenzij de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland binnen drie maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden mededeling doet van het tegendeel.

Artikel 16

Deze Overeenkomst is alleen van toepassing op het in Europa gelegen deel van het Koninkrijk der Nederlanden.

Artikel 17

Deze Overeenkomst treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand volgende op de datum waarop beide Overeenkomstsluitende Partijen elkaar schriftelijk ervan in kennis hebben gesteld dat aan de in hun onderscheiden landen daarvoor geldende constitutionele vereisten is voldaan.

Artikel 18

Deze Overeenkomst geldt voor een periode van tien jaren en wordt telkens stilzwijgend verlengd met een nieuwe periode van tien jaren, tenzij zij door een van beide Overeenkomstsluitende Partijen ten minste zes maanden voor afloop van het verstrijken van de geldigheidsduur schriftelijk wordt opgezegd.

Gedaan te Bonn, de 7e juni 1988, in twee exemplaren, in de Duitse en Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland
Freiherr von Stein
Spranger

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden
Jan G. van der Tas
D. I. J. W. de Graaff-Nauta

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteil des Abkommens gelten:

1. Zu Artikel 9, Absatz 1

Soweit die Parteien eine Sonderregelung zu Artikel 9 Absatz 1 beabsichtigen, ist diese sobald wie möglich nach der Unterzeichnung des Vertrages und spätestens vor dem Datum seines Inkrafttretens zu treffen.

2. Zum Verhältnis zwischen dem IAEO-Abkommen vom 26. September 1986 über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen und dem Abkommen zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen:

Handelt es sich bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall um eine nukleare Katastrophe oder eine Katastrophe mit radioaktiven Stoffen, so findet im Prinzip dieses Abkommen Anwendung. Wenn jedoch schon auf Grund des IAEO-Abkommens vom 26. September 1986 über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen Hilfeleistung erbracht wird oder darum ersucht worden ist, bleibt für diese Hilfeleistung das IAEO-Abkommen nach wie vor ganz anwendbar; auf die weiteren Ersuchen um Hilfeleistung und die Leistung dieser Hilfe ist das deutsch-niederländische Abkommen anwendbar.

Wenn es sich um medizinische Behandlung von Personen handelt, die an einem nuklearen Unfall oder einem Störfall mit radioaktiven Stoffen beteiligt sind, oder um ihre zeitweilige Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise den Niederlanden, findet das IAEO-Abkommen Anwendung.

Protocol

Bij de ondertekening van de Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake wederzijdse bijstandsverlening bij het bestrijden van rampen of zware ongevallen hebben ondergetekende gevolmachtigden daarenboven de volgende afspraken gemaakt, die onderdeel van de Overeenkomst uitmaken:

1. Bij artikel 9, eerste lid

Voor zover Partijen een afzonderlijke regeling met betrekking tot artikel 9, eerste lid, beogen, wordt deze zo spoedig mogelijk na de ondertekening van de Overeenkomst en op zijn laatst vóór de datum van inwerkingtreding van de Overeenkomst getroffen.

2. Met betrekking tot de verhouding tussen het op 26 september 1986 te Wenen tot stand gekomen Verdrag inzake de verlening van bijstand in het geval van een nucleair ongeval of een calamiteit met radioactieve stoffen (Trb. 1986, 126 en 165) en de Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake wederzijdse bijstandsverlening bij het bestrijden van rampen, zware ongevallen daaronder begrepen.

In geval de ramp, met inbegrip van het zwaar ongeval, een nucleaire ramp of een ramp met radioactieve stoffen is, vindt in beginsel deze Overeenkomst toepassing. Indien echter reeds op de voet van het op 26 september 1986 tot stand gekomen IAEA-Verdrag inzake de verlening van bijstand in het geval van een nucleair ongeval of een calamiteit met radioactieve stoffen bijstand is verleend of om bijstand is verzocht, blijft op deze bijstandsverlening het IAEA-Verdrag van toepassing; op de overige verzoeken om bijstandsverlening en op de verlening van die bijstand is de Duits-Nederlandse Overeenkomst van toepassing.

Betreft de bijstand de medische behandeling van personen die slachtoffer zijn van een nucleair ongeval of van een storing waarbij radioactieve stoffen betrokken zijn, of de tijdelijke opname van deze personen in de Bondsrepubliek Duitsland respectievelijk in Nederland, dan vindt het IAEA-Verdrag toepassing.

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeiner Teil

Gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen ist eine traditionell geübte Praxis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Nachbarstaaten, die sich naturgemäß vor allem im Grenzbereich entfaltet. Katastrophen der letzten Jahre, z. B. der ausgedehnte Waldbrand in Niedersachsen, der Reaktorunfall von Tschernobyl und der Chemieunfall Sandoz haben die Erkenntnis vermittelt, das Hilfspotential der europäischen Staaten soweit wie möglich im Bedarfsfall auch über den grenznahen Raum hinaus zu nutzen. Dazu bedarf es klarer Absprachen, insbesondere über die zuständigen Stellen, die Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Personen und Sachen, Schadenersatz-, Haftungs- und Kostenfragen. Das am 7. Juni 1988 in Bonn unterzeichnete deutsch-niederländische Abkommen trifft für diesen Bereich Regelungen, die im Ernstfall eine reibungslose Zusammenarbeit gewährleisten.

Inhaltlich im wesentlichen gleichlautende Abkommen wurden schon mit Frankreich am 3. Februar 1977, Luxemburg am 2. März 1978, Belgien am 6. November 1980, der Schweiz am 28. November 1984 und Dänemark am 16. Mai 1985 unterzeichnet. Diese Abkommen sind bereits in Kraft getreten. Die Hilfeleistungsabkommen mit Österreich und der Sowjetunion wurden am 23. Dezember 1988 und am 16. Oktober 1990 unterzeichnet.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Artikel 1 statuiert die Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten der Vertragsstaaten.

Zu Artikel 2

Artikel 2 definiert wichtige im Abkommen verwandte Begriffe.

Zu Artikel 3

In Absatz 1 sind die in beiden Vertragsstaaten zuständigen Behörden für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen bestimmt.

Absatz 2 bestimmt, daß die zuständigen Organe im Sinne dieses Abkommens – d. h. die Organe, die befugt sind, ein Hilfeersuchen zu stellen – prüfen müssen, ob die Inanspruchnahme von Hilfe erforderlich ist. Eine leichtfertige Inanspruchnahme der Hilfeleistung soll damit vermieden werden.

Absatz 4 verpflichtet die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten eine Absprache über den Unterstützungsbedarf zu treffen.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel behandelt die verschiedenen Arten der Hilfeleistung.

Er steht im Zusammenhang mit Artikel 8, der einige ergänzende Vorschriften über den Einsatz von Luftfahrzeugen enthält.

Zu Artikel 5

Artikel 5 unterstreicht die Verantwortung der Behörden des Einzelstaates für die Hilfsaktion und legt das Verfahren der Einordnung der angeforderten Hilfsmannschaften in die Maßnahmen zur Schadensabwehr und -beseitigung fest.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel enthält im Interesse der erforderlichen Schnelligkeit und Wirksamkeit der Hilfeinsätze für Hilfsmannschaften Regelungen über Erleichterungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel korrespondiert mit Artikel 4, indem er mit derselben Zielsetzung auch hinsichtlich der von den Hilfsmannschaften mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter Erleichterungen im grenzüberschreitenden Güterverkehr einräumt.

Zu Artikel 8

Diese Vorschrift trifft für den bei Hilfsmaßnahmen etwa erforderlichen Einsatz von Luftfahrzeugen Regelungen, durch die insbesondere gestattet wird, das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu überfliegen, darauf zu starten und zu landen, und erklärt die Artikel 6 und 7 für entsprechend anwendbar.

Zu Artikel 9

Absatz 1 verpflichtet die Vertragsstaaten grundsätzlich zu einem wechselseitigen Kostenverzicht. Eine Abweichung von diesem Prinzip ist nur auf der Grundlage einer vorherigen Sonderregelung möglich. Die bis zum Abschluß des Ratifizierungsverfahrens abzuschließende Sondervereinbarung sieht vor, daß lediglich im Falle der Wiedereinbringung der Kosten vom Verursacher, beim Einsatz von Schiffen Dritter zum Zwecke der Öl- und Katastrophenbekämpfung und beim Überschreiten des Höchstbetrages von 600 000 hfl bei der Hilfeleistung durch das niederländische Ministerium für Verteidigung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Kostenerstattung erfolgen soll.

Absatz 2 räumt den entsandten Hilfsmannschaften für die Dauer ihres Einsatzes kostenlose Verpflegung, Unterbringung, Versorgung mit Betriebsgütern und im Bedarfsfall medizinische Hilfe an.

Absatz 3 bestimmt für den sehr kostenaufwendigen Einsatz von Luftfahrzeugen, daß die Vertragsparteien die Aufwendungen, die durch den Einsatz entstehen, je bis zur Hälfte unter Zugrundelegung der jeweils geltenden Tarife, wie sie in einer Einzelvereinbarung gemäß Artikel 11 dieses Abkommens angegeben sind, übernehmen.

Zu Artikel 10

Jeder Vertragsstaat verzichtet grundsätzlich auf alle seine im Zusammenhang mit der Durchführung des Abkommens zustehenden Entschädigungsansprüche aus Vermögens- und Personenschäden.

Der Haftungsverzicht besteht nicht bei vorsätzlicher Schadenszufügung.

Durch Absatz 5 werden diese Vorschriften auf Übungseinsätze ausgedehnt.

Zu Artikel 11

Artikel 11 enthält Regelungen über die zur Durchführung des Abkommens abzuschließenden Einzelvereinbarungen, durch die bestimmte technische und organisatorische Maßnahmen und Verfahren näher geregelt werden.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel ermöglicht es, die Grundsätze des Abkommens auch auf neu zu schließende Vereinbarungen der Grenzgemeinden analog anzuwenden.

Die Regelung wurde auf ausdrückliche Bitte der niederländischen Seite aufgenommen. Auf Wunsch der deutschen Seite stellte die niederländische Delegation klar, daß durch diesen Artikel lediglich die abstrakte Möglichkeit offengehalten werden soll, die Grundsätze des Abkommens auch auf den „kleinen Grenzverkehr“ entsprechend anzuwenden. Beide Vertragsparteien erklärten darüber hinaus, daß sie nicht auf die Grenzgemeinden einwirken werden, Vereinbarungen mit ihren Nachbargemeinden zu schließen; es soll ihnen freigestellt bleiben, ob sie Vereinbarungen mit Regelungen schließen wollen, die den Artikeln 4 bis 10 inhaltlich entsprechen.

Zu Artikel 13

Artikel 13 statuiert die Verpflichtung zum Informationsaustausch auf dem Gebiet der Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen sowie zu einem vorbeugenden Informationsaustausch über drohende Gefahren.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel verweist Streitigkeiten über die Anwendung des Abkommens, die nicht von den fachlich zuständigen Stellen beider Vertragsparteien beigelegt werden können, auf den diplomatischen Weg.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel ist mit Herstellung der deutschen Einheit gegenstandslos geworden.

Zu Artikel 16

Angesichts des regionalen Charakters des Abkommens soll dieses Abkommen nur auf den europäischen Teil des Königreichs der Niederlande Anwendung finden.

Zu Artikel 17

Artikel 17 regelt das Inkrafttreten des Abkommens.

Zu Artikel 18

Diese Vorschrift behandelt die Geltungsdauer sowie das Verfahren der Kündigung des Vertrages.

07.06.91

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. Juni 1988
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem König-
reich der Niederlande über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen einschließlich schweren Unglücksfällen

Der Bundesrat hat in seiner 631. Sitzung am 7. Juni 1991
beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76
Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.